

## Gemeinsamer Appell

### Mehr Mitsprache und Unterstützung für Solo-Selbständige und Freiberufler

Mehr als 2,3 Millionen Menschen sind in Deutschland als Solo-Selbständige und Freiberufler tätig. Allein die Freiberufler unter ihnen erwirtschafteten 2015 Einkünfte in Höhe von 77,7 Milliarden Euro.

Doch beim heutigen Spitzentreffen der Bundeskanzlerin mit Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden sind Vertreter\*innen von Selbständigen oder von Kunst- und Kultur erneut nicht eingeladen.

Das muss sich dringend ändern. Denn hier geht es nicht um Zahlen. Es geht um Betreiber\*innen von Läden und Cafés, die unsere Innenstädte vielfältig machen, Gründer\*innen die wirtschaftlich für neue Ideen und Innovationen sorgen, Kunst- und Kulturschaffende, die uns täglich neue Denkanstöße oder Erlebnisräume eröffnen und viele mehr. Um eine Gruppe Menschen, die zusammen mehr zu Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Steueraufkommen oder BIP beiträgt, als es die Bundesregierung wahrzunehmen scheint.

Seit März herrscht bei den meisten Betroffenen Dauerkrise. Viele haben Umsatzeinbußen hinnehmen müssen, die wirtschaftliche Existenz auf Messers Schneide stellt. Nun drohen die aktuellen Maßnahmen - die dem Gesundheitsschutz der gesamten Gesellschaft dienen - finanziell den meisten das Genick zu brechen.

Denn die aktuellen Hilfsprogramme halten ihr Versprechen nicht. Sie kommen bei denen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind gar nicht oder viel zu wenig an. Hohe bürokratische Hürden verschließen den Zugang zu Überbrückungshilfen und der so wichtige Unternehmerlohn wird vom Finanzministerium und Olaf Scholz weiter blockiert. Dabei würde ein solcher Unternehmerlohn verhindern, dass vielerorts die Altersrücklage aufgelöst oder Ausgaben für die Generierung neuer Aufträge eingestellt werden müssen.

Wenn jedoch nicht schnell gehandelt wird, geht nicht nur wirtschaftlich sondern auch gesellschaftlich und kulturell etwas unwiederbringlich verloren.

Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf:

1. Die Belange der Solo-Selbständigen und Freiberufler endlich ernst zu nehmen und sie auch auf höchster Ebene gleichberechtigt mit anderen Wirtschaftsverbänden bei der Ausgestaltung und Nachbesserung von Hilfsprogrammen zu konsultieren
2. Die bestehenden Überbrückungshilfen nicht erst im Januar sondern unverzüglich zu entbürokratisieren und diese wie auch die Notfallhilfen für mehr Betroffene zugänglich zu machen.
3. Den Weg für einen Unternehmerlohn endlich frei zu machen. Betroffenen damit Unterstützung bei den Kosten ihres Lebensunterhalts zukommen zu lassen und drohende Altersarmut zu verhindern.

Katrin Göring-Eckardt, Claudia Müller, Claudia Roth, Erhard Grundl



Joerg-Friedrich Gampper

Präsident, DVWO e.V.